

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Atomtransporte (V)

**hier: Atommüll-Transport vom AKW Krümmel über Bergedorf
nach La Hague am 21. November 1988**

Am Montag, dem 21. November 1988, um ca. 13 Uhr wurde ein Castor-Behälter vom AKW Krümmel über die S-Bahn-Trasse zum Güterbahnhof Bergedorf geleitet.

Aus diesem Anlaß fand am S-Bahnhof Bergedorf eine spontane Demonstration statt, an der sich der „Schweigekreis“ Forum Bergstedt beteiligte.

Ich frage den Senat:

1. Wie lange (von wann bis wann) stand der Castor-Behälter auf dem Kraftwerksgelände des AKW Krümmel, und wie wurde er bewacht?
2. Wie wurde der Atommüll-Transport vom Gelände des AKW Krümmel bis zur östlichen Stadtgrenze von Hamburg und von dort über den Güterbahnhof Bergedorf bis zur südlichen Stadtgrenze Hamburgs gesichert, und wieviel Begleitpersonal wurde jeweils von der DB, vom BGS, von der Polizei aus Schleswig-Holstein und der Polizei aus Hamburg gestellt?
3. Hat die Regierung in Schleswig-Holstein ihr Verbot von Atommüll-Transporten durch Schleswig-Holstein aufgehoben?
Wenn nein, wann wurde die Regierung in Schleswig-Holstein über den beabsichtigten Transport durch wen unterrichtet?
4. Wie hoch sind die für die Sicherung des Transports entstandenen Kosten?
5. Wie hat der Senat die Kontrolle und Überwachung dieses Atommüll-Transports gewährleistet?
6. Inwieweit sind die Gesundheits- und die Innenbehörde mit Katastrophenschutz informiert und an der Überwachung des Transportes beteiligt gewesen?
7. Was ist dem Senat bekannt über die Gründe für die ungewöhnlich frühzeitige und eilige Abfertigung des Atommüll-Transportes (gewöhnlich vergehen Stunden von dem Zeitpunkt der Freigabe des Transportweges bis zur Abholung durch eine Lok)?
8. Zu welchen Zeitpunkten (unmittelbar nach Beendigung des Beladens des Behälters und/oder beim Abtransport?) wurden am Castor-Behälter Strahlungs- und Temperaturmessungen vorgenommen, durch wen, in welcher Weise und mit welchen Ergebnissen? Wo sind die Meßergebnisse einsehbar?
9. Wie und mit welchem Ergebnis wurde die Dichtigkeit des Castor-Behälters vor und nach dem Beladen geprüft?
10. Was ist dem Senat über mögliche radioaktive Rückstände auf der Trasse zwischen dem AKW Krümmel und dem Güterbahnhof Bergedorf bis zur südlichen Stadtgrenze bekannt?
11. Was rät der Senat den Anwohner/innen der Atommüll-Transporttrasse, wie sie sich vor den Gefahren schützen können? Wie wird der Senat den Anwohner/innen den Zeitpunkt des nächsten Atommüll-Transports bekanntgeben?
12. Was empfiehlt der Senat als Schutz bei Unfällen von Atommüll-Transporten?
13. An wen können sich beunruhigte Bürger/innen mit Fragen über die Gefährlichkeit der Atommüll-Transporte wenden?

06. 12. 88

Antwort des Senats

Nach § 24 Absatz 1 Satz 2 Atomgesetz obliegt die Beaufsichtigung radioaktiver Stoffe im Schienenverkehr mit der Deutschen Bundesbahn den vom Bundesminister für Verkehr bestimmten Stellen der Deutschen Bundesbahn. Beauftragte atomrechtliche Aufsichtsbehörde ist danach das Bundesbahnzentralamt in Minden. Die atomrechtliche Aufsichtsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg besaß aus diesem Grunde bezüglich des in der Anfrage genannten Transportes keinerlei Aufsichtsbefugnisse. Die zuständigen Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg wurden lediglich am 15. November 1988 über den am 21. November 1988 von der Deutschen Bundesbahn durchzuführen beabsichtigten Transport von 32 bestrahlten Brennelementen vom Kernkraftwerk Krümmel nach La Hague (Frankreich) benachrichtigt. Der Transport war durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt genehmigt.

Dieses vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen auf der Grundlage von Auskünften der Deutschen Bundesbahn, des Bundesbahnzentralamtes in Minden und der HEW wie folgt:

Zu 1.:

Die die abgebrannten Brennelemente enthaltenden Behälter vom Typ TN 12 (nicht „Castor“) standen nach Angaben der HEW in der Zeit vom 14. November 1988, 7.15 Uhr, bis zum 21. November 1988, 13 Uhr, auf dem Kraftwerksgelände im inneren Sicherungsbereich (Reaktorgebäude) des Kernkraftwerkes Krümmel. Eine gesonderte Bewachung erfolgte in diesem Falle nicht.

Zu 2., 4. und 5.:

Die Deutsche Bundesbahn ließ den Transport durch zwei Bahnpolizeibeamte begleiten. Die Personalkosten der Begleitung durch die Deutsche Bundesbahn sind dem Senat nicht bekannt; sie sind Bestandteil der insgesamt entstandenen Begleitkosten zur Sicherung des Transports durch die Deutsche Bundesbahn.

Weiterhin waren wegen angekündigter Protestaktionen gegen den Transport im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg 28 Hamburger Polizeibeamte zur Sicherung des Transportes als Streckenschutz eingesetzt. Die dadurch entstandenen Kosten sind nicht ermittelt worden, weil es sich um eine polizeiliche Aufgabe handelte, für die keine Gebühren erhoben werden.

Beamte des Bundesgrenzschutzes waren nicht beteiligt.

Nach Angaben des Bundesbahnzentralamtes wurde die Abfertigung wegen zu erwartender geplanter Demonstrationen beschleunigt.

Zu 3.:

Diese Fragen müssen an die Landesregierung Schleswig-Holstein gerichtet werden. Dem Senat ist nicht bekannt, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ein Verbot von Atomüll-Transporten durch das Landesgebiet ausgesprochen hat.

Zu 6. und 7.:

Vgl. Vorbemerkung und Antwort zu Ziffern 2, 4 und 5.

Die Behörde für Inneres und die Umweltbehörde wurden nach dem vorgesehenen Verfahren benachrichtigt. Eine Katastrophenschutzlage bestand nicht.

Zu 8.:

Die Behälter wurden vom Betreiber, der Kernkraftwerk Krümmel GmbH, nach dem vorgeschriebenen Verfahren vor dem Transportbeginn kontrolliert. Die gemessenen Werte lagen nach Auskunft der Deutschen Bundesbahn unterhalb der in den Gefahrgutvorschriften normierten Grenzwerte. Die Meßergebnisse (u. a. γ -Strahlung, Temperatur) sind im Kernkraftwerk Krümmel einsehbar. Sie sind ferner in den Transportbegleitpapieren dokumentiert.

Zur Kontrolle werden daneben von der Deutschen Bundesbahn Stichprobenmessungen durchgeführt. Diese Meßergebnisse sind nicht öffentlich einsehbar.

Zu 9.:

Die Transportbehälter werden nach bundeseinheitlichen Richtlinien wiederkehrenden Prüfungen unterzogen. Die Fristen werden von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) im Einvernehmen mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt einheitlich für vergleichbare Behälterkonzepte festgelegt. Sie sind abhängig vom Behälterkonzept und von der Art und der Häufigkeit des Einsatzes.

Der Innenraum der Behälter (Typ TN 12) steht unter Vakuum. Die Dichtigkeit wird jeweils vor und nach der Beladung durch Vakuumtest geprüft. Die Meßergebnisse entsprachen im vorliegenden Falle nach Angaben der Kernkraftwerk Krümmel GmbH den vorgeschriebenen Werten und sind in den Transportbegleitpapieren dokumentiert.

Zu 10.:

Nach Angabe des Bundesbahnzentralamtes werden regelmäßig Kontaminationsmessungen am Behälter sowie weiteren kontaminationsgefährdeten Teilen des Transportsystems durchgeführt. Auf der Trasse werden daher keine Radioaktivitätsmessungen für erforderlich gehalten. Hinweise auf eine Kontamination durch radioaktive Stoffe auf der bezeichneten Trasse liegen dem Senat daher nicht vor.

Zu 11. und 12.:

Da lediglich der längere, zumindest mehrstündige Aufenthalt in unmittelbarer Nähe eines Transportbehälters mit abgebrannten Brennelementen zu einer signifikanten Erhöhung des Strahlenrisikos führen kann, ist eine Gefährdung der Bevölkerung bei ordnungsgemäßem Transport nicht zu befürchten.

Empfehlungen zum Verhalten bei Unfällen von Kernbrennstofftransporten können nur bezogen auf ein jeweils konkretes Unfallgeschehen im Einzelfall, nicht jedoch generell im voraus gegeben werden. Bei möglichen Gefahrenlagen nach Unfällen im Zusammenhang mit der Beförderung radioaktiver Stoffe werden die gleichen Vorkehrungen entsprechend den von Bund und Ländern gemeinsam ausgearbeiteten Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen getroffen.

Der Senat verweist im übrigen auf seine Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage „Vorsorge für den Hamburger Bürger bei Atomreaktorkatastrophen und ähnlichen gesundheitsbedrohenden Vorfällen“ — Drucksache 11/6259 — sowie auf die Presseerklärung der Umweltbehörde zur Sicherheit des Transportes von Kernbrennstoffen vom 14. Juni 1988.

Zu 13.:

Für Fragen der Bevölkerung über die Gefährlichkeit der Atommülltransporte stehen die Deutsche Bundesbahn sowie die nach den Gefahrgutvorschriften und nach dem Atomrecht zuständigen Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung.